

Israelisch-palästinensischer Konflikt: Gewalteskalation im Gazastreifen

Angesichts der jüngsten Gewalteskalation im Gazastreifen im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern haben einige Bürger sich nach der Position der Europäischen Union erkundigt und sie zum Handeln aufgefordert.

Das Europäische Parlament verfolgt aufmerksam die Entwicklungen im Nahen Osten und hat Israel, Palästina und die internationale Gemeinschaft mehrfach dazu aufgefordert, einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und Palästina herbeizuführen.

Waffenruhe in Gaza

Israel und Palästina haben sich zum 27. August 2014 auf eine unbefristete Waffenruhe in Gaza geeinigt. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, begrüßte die Einigung und rief alle Parteien auf, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. "Die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft müssen nun ihre Anstrengungen intensivieren um Lösungen zu finden für die humanitäre Situation, die Sicherheitsinteressen sowohl Israels als auch der Palästinenser und den Wiederaufbau in Gaza", sagte Schulz in einer [Erklärung zur vereinbarten Waffenruhe](#).

Debatten und Beschlüsse des Parlaments

Am 16. Juli 2014 wurde während der Plenartagung eine [Debatte](#) über die jüngste Welle der Gewalt im Gazastreifen geführt, in deren Rahmen die Mitglieder des Europäischen Parlaments eine sofortige Waffenruhe in Israel und Palästina forderten. Im Namen der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton sprach der italienische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Benedetto Della Vedova. Er missbilligte, dass militante Gruppen im Gazastreifen rücksichtslos Raketen auf Israel abfeuern, und beklagte die wachsende Zahl von zivilen Opfern durch die Militäroperationen.

Darüber hinaus stimmte das Europäische Parlament am 17. Juli 2014 über eine [Entschließung zur Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina](#) ab. Darin fordert das Europäische Parlament, „dass beide Seiten und die internationale Gemeinschaft ernsthafte und glaubwürdige Anstrengungen unternehmen, damit direkte Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern wieder aufgenommen und bei diesen Gesprächen konkrete Ergebnisse erzielt werden.“ In der Entschließung „fordert [das Europäische Parlament] die EU erneut nachdrücklich auf, bei den Bemühungen um einen gerechten und dauerhaften Frieden eine aktivere Rolle zu spielen.“

Das Europäische Parlament bekräftigte in der Entschließung seine nachdrückliche Unterstützung für eine Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, wobei der sichere Staat Israel und ein unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und lebensfähiger palästinensischer Staat in Frieden und Sicherheit nebeneinander bestehen, was die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens erfordern würde. Weitere Informationen sind der [Pressemitteilung des Parlaments](#) zu entnehmen.

In einer vorhergehenden [Entschließung – vom 23. Oktober 2013 zum Thema Europäische Nachbarschaftspolitik](#) – hatte das Europäische Parlament erneut betont, dass es direkte Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis unterstützt (siehe Ziffer 84).

Aktuelle Entwicklungen werden auch im [Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments \(AFET\)](#) sowie im Rahmen der [Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Israel](#) behandelt. Diese Delegation ist für die internationalen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und Israel zuständig und konzentriert sich auf die „parlamentarische Dimension“, d. h. die Beziehungen mit dem israelischen Parlament Knesset.

Humanitäre Hilfe für den Gazastreifen

Die Europäische Kommission teilte am 25. Juli 2014 mit, sie werde zusätzlich 5 Millionen Euro für Soforthilfemaßnahmen im Gazastreifen, wo sich die humanitäre Krise jeden Tag weiter zuspitzt, bereitstellen.

Das für humanitäre Hilfe zuständige Kommissionsmitglied der EU Kristalina Georgieva forderte die Konfliktparteien nachdrücklich auf, für einen sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu sorgen. Ihren Ausführungen zufolge kommt es darauf an, dass die Hilfe diese Menschen, die so dringend Unterstützung benötigen, auch tatsächlich erreicht.

Updates zu europäischen Entscheidungen

Aktuelle Informationen zu den Entwicklungen im Konflikt zwischen Israel und Palästina und die entsprechenden Erklärungen und Beschlüsse auf europäischer Ebene können auf der [Website des Europäischen Auswärtigen Dienstes \(EAD\)](#) abgerufen werden.